

# Basel Stadt Land Region

## «Die Befürchtungen erhärten sich»

**Mindestlohn in der Kritik** Baselland stimmt in ein paar Wochen über einen kantonalen Mindestlohn ab. Eine neue Studie der Basler Arbeitsökonomin Conny Wunsch sorgt nun für Aufsehen. Es seien Arbeitsplatzverluste zu befürchten.

Alexander Müller und Benjamin Wirth

Wenn ein kantonaler Mindestlohn eingeführt wird, müssen beinahe die Hälfte der betroffenen Unternehmen Leute entlassen. Zu diesem Schluss kommt eine neue Studie der Universität Basel. Die bekannte Wirtschaftsprofessorin Conny Wunsch hat unter anderem 860 Firmen in Schweizer Kantonen befragt, in denen bislang kein Mindestlohn gilt – darunter auch Solothurn und Baselland.

Das ist insofern relevant, als in den beiden Nordwestschweizer Kantonen die Bevölkerung am 9. Februar über die Einführung eines Mindestlohns abstimmt. Wer im Baselbiet arbeitet, soll künftig in der Regel mindestens 22 Franken pro Stunde verdienen (in Solothurn wären es sogar 23 Franken). Im Hinblick darauf bergen die Erkenntnisse der Arbeitsökonomin besonders viel Zunder.

### Entlassungswelle und höhere Preise

Für die Studie, von der diese Woche erste Ergebnisse veröffentlicht wurden, sind zweimal mehrere Hundert Unternehmen anonym befragt worden – auch im Stadtkanton wurden abermals Auswertungen vorgenommen. Ein erstes Mal bereits Anfang 2023. Damals hiess es insbesondere, dass Kleinbetriebe die Preise hochschrauben müssten und weniger Personal anstellen könnten.

Im letzten Quartal des vergangenen Jahres sind nun erneut Fragebogen verschickt worden. Die Auswertung zeigt, wie Betriebe in Kantonen ohne Mindestlohn auf eine mögliche Einführung reagieren. Dazu vergleicht die Studie die Ergebnisse mit den Erfahrungen aus Basel-Stadt, wo seit 2022 ein Mindestlohn von 22 Franken gilt (aufgrund eines Teuerungsausgleichs wurde der Betrag kürzlich von 21.70 Franken um 30 Rappen erhöht).

Die neusten Befunde zeigen nun deutlich auf, wovor bürgerliche Kritiker des Mindestlohns stets warnen: Die Firmen passen sich an die vom Gesetzgeber erzwungenen zusätzlichen Kosten auf verschiedene Weise an – viele

mit stark negativen Auswirkungen auf die Beschäftigung.

Über die Hälfte der befragten Unternehmen im Baselbiet und in Solothurn gibt an, mit vermehrter Automatisierung auf die höheren Löhne zu reagieren: Ganze 42,9 Prozent planen mehr Entlassungen. Und etwa gleich viele Arbeitgeber würden die Arbeitszeit reduzieren. Ebenfalls rund 40 Prozent würden die höheren Löhne mit Preiserhöhungen an die Kunden weitergeben.

Auch weitere Anpassungen stehen den in der Region betroffenen Firmen zur Disposition: beispielsweise weniger Einstellungen (24,2 Prozent), weniger Ferien (33,3 Prozent) oder die Verlagerung der Produktion ins Ausland (31,8 Prozent). Dazu sagt Arbeitsökonomin Wunsch: «Es erhärten sich die Befürchtungen, dass kantonale Mindestlöhne in betroffenen Unternehmen zu Arbeitsplatzverlusten führen könnten, insbesondere dann, wenn Pläne zur Automatisierung von Arbeitsplätzen umgesetzt werden.»

Zugleich betont sie, dass die Befragungen nicht repräsentativ seien, da es sich um Selbstauskünfte von Unternehmen handle. Es hätten jedoch vor allem Leute an der Studie teilgenommen, die von den Mindestlöhnen direkt betroffen wären. Da es sich genau um die Firmen handle, die sich bei einer Gesetzesänderung anpassen müssten, seien die Ergebnisse «in jedem Fall informativ».

### Baselland noch extremer als Basel-Stadt

Besonders spannend sind die Erkenntnisse aus Basel-Stadt. Zum Zeitpunkt der zweiten Befragung im vergangenen Herbst war der Mindestlohn bereits seit mehreren Monaten in Kraft. Die Unternehmen haben somit nicht bloss hypothetische Antworten geliefert, sondern reale Erfahrungen wiedergegeben.

Dabei zeigt sich, dass im Stadtkanton der Wind gedreht hat. In der ersten Befragung von Anfang 2023 konnte noch nicht von einer Entlassungswelle die Rede sein. Das hat sich nun geändert. Conny Wunsch betont: «Nach 18 Monaten mit dem Mindestlohn greifen die befragten Unternehmen in Basel-Stadt verstärkt auf Entlassungen zu-



Gerechtigkeit für alle: Eine Studie der Basler Wirtschaftsprofessorin Conny Wunsch hinterfragt, ob dieses Ziel mithilfe des Mindestlohns erreicht werden kann. Foto: Kostas Maros

«Seit es den Mindestlohn gibt, greifen die befragten Basler Unternehmen verstärkt auf Entlassungen zurück.»

Conny Wunsch  
Professorin an der Uni Basel

rück.» Und auch in der Stadt plane «ein erheblicher Teil» der Firmen, ihre Arbeitskräfte «durch Maschinen zu ersetzen». Über 33 Prozent der befragten und betroffenen Arbeitgeber sind daran, solche Massnahmen auszuüben. Betrachtet man hingegen alle an der Befragung teilnehmenden Unternehmen in Basel-Stadt, also auch jene, deren Löhne ohnehin über dem Mindestlohn liegen, sind es «nur» rund 22 Prozent, die verstärkt auf Automatisierung setzen wollen.

Die Befürworter eines kantonalen Mindestlohns betonen stets, dass er für Gerechtigkeit für alle sorgen soll. Zumindest das stellt Conny Wunsch mit ihren Studienergebnissen infrage. Inwiefern die Ergebnisse die Abstimmungen in Baselland und Solothurn beeinflussen, wird sich zeigen.

Bemerkenswert: Die Baselbieter Vorlage würde noch härter durchgreifen als das Gesetz in Basel. In der Stadt gilt der sogenannte GAV-Vorrang. Gibt es für eine Branche einen Gesamtarbeitsvertrag, kommt dieser zum Zug, nicht der kantonale Mindestlohn. Das wäre im Baselbiet nicht der Fall. In der Landschaft wäre einzig die Landwirtschaft davon ausgenommen.

## Kinomitarbeitende lancieren Petition gegen Film von Basler Regisseur Tim Fehlbaum

**Als Propaganda verunglimpft** «September 5» thematisiert den Terrorangriff an Olympia 1972 – und steht in New York nun in der Kritik.

Viel näher an der Realität könnte der Film wohl kaum sein. Im Medienthriller «September 5» zeichnet der Basler Regisseur Tim Fehlbaum nach, wie die palästinensische Terrorgruppe Schwarzer September 1972 an den Olympischen Sommerspielen in München ein Attentat verübte. Die Terroristen nahmen elf Männer der israelischen Delegation als Geiseln. Dabei kamen alle ums Leben.

Fehlbaum erzählt den Film aus der Perspektive von TV-Journalisten des US-Senders ABC, die damals während 22 Stunden live berichteten. Der Regisseur hat im Vorfeld der Dreharbeiten auf-

wendig recherchiert, mit Zeitzeugen gesprochen, Archivmaterial gesichtet, Sport-Übertragungsstudios besucht und schliesslich auch Originalaufnahmen des Fernsehsenders ABC verwendet. Was sich damals in München abgespielt hat, ist heute klar belegt.

Trotzdem wehren sich nun Menschen im New Yorker Stadtteil Brooklyn gegen den Film. Wie das jüdische Wochenmagazin «Tachles» und die «Jewish Chronicle» berichten, hat eine Gruppe New Yorker Kinomitarbeitender eine Petition lanciert, die ein Kino in Brooklyn zur Absetzung der Vorführungen auf-



Regisseur Tim Fehlbaum (Mitte) mit den Schauspielern Leonie Benesch und Ben Chaplin am Filmfestival in Venedig. Foto: Imago

fordert. Mehr als 1000 Personen haben den Aufruf unterzeichnet.

Der Grund: Es handle sich beim Film um «zionistische Propaganda», behaupten die Verfasser. Die Palästinenser würden «fälschlicherweise» als «antisemitische Terroristen» dargestellt. Der Film sei «ein weiterer Versuch der westlichen Medien, ihre imperialistische und rassistische Agenda voranzutreiben und Zustimmung für den fortgesetzten Völkermord und die kulturelle Dezimierung Palästinas und seiner Völker zu erzeugen», heisst es in der Petition.

Der Fall zeigt, wie problematisch die Debatte rund um den

Nahostkrieg teils verläuft – und wie aufgeheizt die Stimmung ist. Regisseur Tim Fehlbaum wollte sich auf Anfrage nicht näher zur Petition äussern. Er hatte den Film vor dem Attentat der Hamas am 7. Oktober 2023 fertiggestellt.

Die Frage, wie das Publikum den Film im aktuellen politischen Kontext wahrnehmen würde, hat sich das Filmteam immer wieder gestellt. «Uns ist bewusst, dass das Publikum den Film fast nicht losgelöst davon schauen kann», sagte Fehlbaum vor einigen Tagen gegenüber dieser Redaktion.

Mélanie Honegger